

“DER STAAT MUSS INVESTIEREN”



**MAZZUCATO IN
ALPBACH** Die Öko-
nomin fordert eine
aktivere Rolle des
Staates: „Er sollte
Missionen vorgeben
wie einst die Mond-
landung.“

Sie berät die EU-Kommission, die schottische Regierung, die NASA – und ist am 18. November bei Kanzler Christian Kern in Wien eingeladen: **MARIANA MAZZUCATO**, italoamerikanische Ökonomin mit Wahlheimat Großbritannien, Bestsellerautorin, linke Brexit-Gegnerin.

VON BERNHARD ECKER

Tirolo ist so üppig“, lacht Mariana Mazzucato mit Blick auf die kraftstrotzende Landschaft im Hintergrund: „Ganz ähnlich wie Brasilien.“ Beim trend-Interview am Rande des Europäischen Forums Alpbach wechselt die 48-Jährige blitzschnell ihre Rollen: Einmal ist sie die gefragte Ökonomin, die Einladungen von Bill Gates erhält, die EU-Kommission berät oder die Folgen des Brexits analysiert. In der nächsten Sekunde ist sie Familienmensch: Auf Italienisch ruft sie ihren drei Kindern zu, die unterhalb des alpinen Holzbalkons rund um die Heuballen wirbeln, doch etwas leiser zu sein. Schließlich will sie auch noch paar Zeilen für ihr neues Buch, das sich mit dem Begriff des „Werts“ auseinandersetzen wird, schreiben, bevor sie am Abend eine öffentliche Vorlesung im Kongresszentrum Alpbach über die Bühne bringen wird.

Die Bühne liegt ihr: Die in den USA aufgewachsene Mazzucato ist eine Art Popstar in der linken Ökonomenwelt. Und weil sie nicht arrogant auftritt wie etwa Yanis Varoufakis, der griechische Ex-Finanzminister, hört der deklarierten Brexit-Gegnerin auch die „andere Seite“ zu. In Großbritannien, wo die Bestsellerautorin („Das Kapital des Staates“) an der Universität Sussex lehrt, ist sie nicht nur Beraterin der Labour-Partei, sondern wird auch von den Konservativen angefragt. Sie berät die schottische Premierministerin Nicola Sturgeon ebenso wie

die brasilianische Regierung. NASA und die europäische Raumfahrtbehörde ESA holen sich von ihr Tipps für ihre jeweiligen Innovationsstrategien. Und in Österreich beruft sich Kanzler Christian Kern auf ihre Ideen.

Zunächst zwingt sie ihr Publikum aber zum Umdenken. Privat wirtschaftet automatisch besser als der Staat? Wettbewerb ist die beste Lösung? Innovation wird getrieben vom privaten Sektor? Nicht zwangsläufig, verteidigt sie die öffentliche Hand. Mit Freude zertrümmert sie klassische Glaubenssätze, die in den letzten Jahrzehnten den Diskurs über Wirtschaft dominiert haben; auch Begriffe aus der Silicon-Valley-Welt wie Sharing Economy, Big Data oder Open Innovation zerpflückt sie mit Genuss.

Mazzucato regt einen „New Deal“ zwischen Staat und Privat an, in dem sich auch die Privaten zu nützlichem Verhalten verpflichten sollen, etwa, Gewinne nicht in Aktienrückkäufe zu stecken, sondern sie zu investieren. Viele Details bleiben offen, aber Mazzucato lässt keinen Zweifel daran, dass sie auch die konkrete wirtschaftspolitische Praxis der nächsten Jahre mitverändern will.

TREND: Der österreichische Kanzler hat nach seinem Antritt in Interviews mehrfach aus Ihren Büchern zitiert.

MAZZUCATO: Ja, das ist lustig. Ich habe das über Twitter erfahren und dachte mir: „Wer ist der Typ?“ Nun hat

er mich für den 18. November ins Bundeskanzleramt zu Gesprächen eingeladen. Ehrlich gesagt, ich hatte Österreich bis jetzt nicht auf meinem Schirm ...

Sie befürworten eine stärkere Rolle des Staats. In Österreich ist nach der Pleite der Verstaatlichten Industrie in den 80er-Jahren „Mehr privat, weniger Staat“ zum Leitmotiv geworden. Natürlich kann der Staat in seiner aktiveren Rolle, wie ich sie vorschlage, auch scheitern – dann wird er von seinen Bürgern attackiert werden. Das ist normal. Wichtig ist, dass die Organisation daraus lernt. Damit wir uns richtig verstehen: Es gibt viele Ineffizienzen im öffentlichen Sektor. Aber es liegt nicht in der DNA des Staates, mehr oder weniger effizient als der private Sektor zu sein.

Als Unternehmer hat der Staat doch weitgehend versagt. Das ist nicht die Frage, mit der ich mich vorrangig beschäftige. Mir geht es darum, Partnerschaften rund um Projekte bzw. Missionen zu formen. Oft wird der Staat in solchen Partnerschaften ja die Rolle des Risikopartners zugeordnet. Für die privaten Partner ist das Risiko dann minimiert, sie können die Gewinne abschöpfen. Das ist dysfunktional. Es braucht einen New Deal zwischen Staat und Privat, durch den etwa ein Teil der abgeschöpften Gewinne in einen Innovationsfonds fließen und sich die Unternehmen verpflichten, zu reinvestieren. Historisch hatte der Staat als Unternehmer übrigens durchaus Erfolge. In Italien gab es etwa die staatliche Industrieholding IRI ...

... das italienische Pendant zur ÖIAG. Ja. Dort gab es drei Phasen: In der ersten war die IRI sehr unternehmerisch und unabhängig vom politischen Sektor – da wurden auch die besten Führungskräfte angezogen. In der zweiten nahmen die Parteien Einfluss, man hat die Einflussbereiche aufgeteilt wie Pizzastücke. Da wurde es problematisch. Und in der dritten Phase war dann alles privat. Dann war es richtig scheiße.

Es gibt mit der CDP noch heute eine staatliche italienische Bank. Ein übersehbarer Erfolg. Ja, weil sie nur Beteiligungen hält und investiert, wo es Probleme gibt. Das kann es nicht sein. Sie sammelt die Scherben auf. Die deutsche Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) ist dagegen völlig anders, oder die ▶

► chinesischen und die brasilianischen Entwicklungsbanken. Es geht also nicht um die Frage, ob wir staatliche Unternehmen haben wollen, sondern, welche.

Berühmt geworden ist Ihre Darstellung des staatlichen Beitrags zu den Technologien im iPhone: vom Touchscreen-Display bis zur Spracherkennung. Natürlich brauchte es ein kreatives Genie wie Steve Jobs, die Teile zusammenzufügen. Aber in seiner Biografie steht kein Wort vom Beitrag der öffentlichen Hand. Auch der Tesla hat vom Staat einen garantierten Kredit in Höhe von 500 Millionen Dollar bekommen. In der Innovationspolitik ist mir eines wichtig: Der Staat muss davon wegkommen, in Sektoren zu denken, etwa Stahlindustrie oder Biotech-Industrie. Er sollte Missionen vorgeben, so wie es einst die Mondlandung war. Die Energiewende in Deutschland ist so eine Mission, sie hat Effekte auf eine ganze Reihe von Sektoren. Ich liebe übrigens den Titel der deutschen Übersetzung meines Buchs, „Das Kapital des Staates“.

Wegen der Anklänge an Karl Marx?

Nein, der englische Originaltitel „The Entrepreneurial State“ hätte die deutschen Linken irritiert, wurde mir gesagt. „Entrepreneur“ ist dort ein negativ behafteter Begriff. Mir gefällt „Kapital“, weil der Staat, so meine These, ja als Investor auftritt. Der Staat ist nicht nur ein Spender und Nachfrager. Portfolio, Return und Kapital sind also Begriffe, mit denen der Staat assoziiert werden sollte. Natürlich gefällt mir aber auch die Anspielung auf Marx und Piketty ...

... Thomas Pikettys „Kapital im 21. Jahrhundert“, in dem er die langfristige Entwicklung der Ungleichheit untersucht.

Piketty, wenn ich das kritisch anmerken darf, hat auf der einen Seite einen großartigen empirischen Job gemacht, auf der anderen Seite aber den Anstieg der Ungleichheit nach 1970 nicht dargestellt. Die Gewinnsteuern in den USA sind seitdem ja um fast 50 Prozent gesunken – nicht etwa weil die Tabakindustrie



„Aus einer nationalen Perspektive war der Brexit fantastisch: Theresa May hat die ganzen Eton-Idioten aus der Regierung geworfen.“

MARIANA MAZZUCATO
ÖKONOMIN, BUCHAUTORIN

dafür lobbyiert hätte, sondern die Venture-Capital-Industrie. Es war übrigens Warren Buffet, der darauf hingewiesen hat, dass diese Absenkung keinen Effekt auf Jobs und Investitionen hatte, dafür aber die Ungleichheit vergrößert hat. Buffet ist einfach großartig!

Findet Ihre Botschaft auch Gehör bei den Leuten, die konkrete Politik machen?

Ich fühle mich ganz schön allein, das deprimiert ... aber immerhin hört mir auch die Rechte zu. Vor zwei Jahren habe ich in Washington gesprochen, und all die Leute von der CIA haben sofort „Yeah!“ gerufen. Also die Republikaner minus Tea Party und Trump – wobei Trump nicht so dumm ist, wie er vorgibt, zu sein. Auch Ronald Reagan hat als Präsident die Staatsbudgets angehoben. Der Punkt ist: Es gibt eine sichtbare Hand des Staates in den USA, aber niemand redet darüber. Meine Story lautet aber nicht „Der Staat ist wichtig“, sondern: „Der Staat muss investieren“. An diesem Punkt stimmen die Republikaner dann nicht mehr zu.

HOCH HINAUS. Mazzucato in Alpbach mit Redakteur Bernhard Ecker: „Ein Problem der Linken: Sie können keine Geschichten erzählen.“

Hat Matteo Renzi in Italien die Hoffnungen auf ein linkes Vorzeigeprojekt erfüllt? Renzi ist nur in der Theorie Mitte links. In der Praxis hat er zwei Dinge gemacht: Er hat die Gewerkschaften auf unsinnige Art und Weise attackiert, und er hat die öffentliche Verwaltung reformiert – wobei Reform hier Abbau bedeutet. Anstatt einfach auszulagern und abzubauen, sollten wir fragen: Welche Art von öffentlicher Verwaltung wollen wir – und welche Strukturen braucht sie folglich?

„Labour neu“ in Großbritannien ist spätestens mit dem Brexit ebenfalls gescheitert, oder? Bernie Sanders hatte einen großen Effekt auf Hillary Clinton – sie spricht jetzt über Medikamentenpreise! Und Labour-Chef Jeremy Corbyn, so problematisch er ist, hat Theresa May gezwungen, Dinge zu sagen, die sie sonst nicht sagen würde. Es ist fast unglaublich: Sie spricht über Ungleichheit, Produktivität, industrielle Strategie. Obwohl sie Teil des Systems war, gegen das gewählt wurde.

Sie entdecken Positives im Ausgang des Brexit-Referendums? Für die Wirtschaft ist das natürlich schlecht. Aber aus einer nationalen Perspektive betrachtet, war der Brexit fantastisch: May hat die ganzen Eton-Idioten aus der Regierung geworfen. Sie ist so viel besser als Cameron!

Dennoch werden Trump, Ukip & Co. wohl weiter Frustwähler abschöpfen können. Warum? Wir haben seit den 1980er-Jahren stagnierende Löhne. Die stark Benachteiligten laden ihren Frust dann bei den noch stärker Benachteiligten ab – und beim Staat. Wer hier einfache Schwarz-Weiß-Geschichten erzählen kann, profitiert. Das ist ein Problem der Linken: Sie können keine Geschichten erzählen.

